

Geneigte Bestellungen auf die "Stettiner Zeitung" für das 4. Quartal 1867 wolle man auswärts bei der nächsten Postanstalt möglichst frühzeitig machen. Der Pränumerationspreis beträgt bei allen Postanstalten in Preußen und Deutschland 1 Thlr. 5 Sgr.; in den bekannten hiesigen Expeditionen vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr.

Der Genfer Friedens-Kongress
welcher unter falscher Firma zusammengesetzt und in seinen Verhandlungen die unter seinen eigenen Theilnehmern lauernde Zwietracht offenbarte, hat sich schließlich in bitterem Unfrieden getrennt. Beurufen war der Kongress, um sich über die Mittel zu verständigen, durch welche das Kriegsübel aus der Welt zu schaffen wäre. Dem Fluß folgten die Freunde des Umsturzes und ihr erstes Wort war: Krieg gegen Rom; ihr letztes: Krieg gegen die Fürsten. Raum noch, daß die Friedensfreunde in dieser Kriegsforderung einen Einigungspunkt fanden; sonst nirgends. Während Garibaldi, der zwar keine Regierer will, aber doch einen Lenker der Dinge zugestellt, ein höchstes Wesen dekretiert wissen wollte, wie einst Robespierre das Dasein Gottes durch den Konvent dekretieren ließ, wollten die Arbeiter vom lieben Gott nichts wissen; L. Simon warf dem Schulze-Delitzsch vor: daß er nichts von Politik verstehe; L. Blanc seinen Landsleuten, daß sie nur faux-freres der Republik wären; die Genfer ihren Gästen, daß sie die Rechte der Gastfreundschaft missbraucht, das Schweizer Neutralitätsrecht kompromittiert und um dem almäßigen sogar Gefahr drohenden Skandal ein Ende zu machen, schloß das Prästdium Hals über Kopf den Kongress, nachdem schon Garibaldi sich vorher unsichtbar gemacht hatte und die Welt ist — um einen Skandal reicher geworden.

Wird sie es nun bei der Schabend freudig an denselben belassen, sich nur an dem humoristischen Kitel begnügen, welches ihr diese seltsame Vorgang bereitet hat, oder wird sie sich's gesagt sein lassen, daß die Zeit der Phrasenherrschaft vorbei sei, nachdem wir in der Zeit der frischen That und des ernsten Schaffens getreten sind und daß daher auch die Zeit jener Partei vorüber sein müsse, welche uns nur mittels der Phrase beherrschte, weil sie uns durch Phrasen zu verwirren verstand.

Die Demokratie hat in Genf Fiasco gemacht; sie hat auch bei den Reichstagswahlen eine entschiedene Niederlage erlitten und es wird nun an den besonnenen alten liberalen Fraktionen liegen, sich der Herrschaft jener Partei auf immer zu entwinden, welche diese Herrschaft immer nur unter falscher Maske zu erstreben und durch Täuschungen zu behaupten weiß.

Wie in Genf die Demokratie unter der Maske der Friedensfreundschaft sich der Gelster zu bemächtigen suchte, um sie zu ihren Zwecken zu missbrauchen, so hat sie bei uns die liberalen Elemente unter der Maske des Fortschritts benutzt, um die Brandfackel der Zwietracht in das Land zu fördern und nicht ihrem Willen ist es zu danken, daß sie den größten Fortschritt des Jahrhunderts nicht hinderte: die Einigung Deutschlands unter Preußen's Führung.

Die Ereignisse sind über diese Partei hinweggegangen; aber sie wird sich selbst nicht aufgeben, so lange die liberalen Elemente, durch welche sie herrschte, die Gewohnuheit des Gehorsams nicht verloren und das Bedürfnis der Selbstständigkeit, mit dem Muthe, sie gegen Verleumdung und Einschüchterung aufrecht zu erhalten, nicht wieder gewonnen haben.

Zwar die Berliner National-Liberalen schneiden endlich ihre Aufgabe begriffen zu haben und kündigen für die Nachwahlen den Fortschrittmännern den Gehorsam auf; mindestens in der National-Zeitung, einem ihrer Hauptorgane; aber die hier geführte Sprache ist leider auch nicht die allgemeine der Partei und jedenfalls wird sie sich erst in Handlungen zu erproben haben. Wir geben indeß die Hoffnung nicht auf. Wir haben zu bittere Erfahrungen gemacht, als daß sich eine Umwandlung des Partellebens auf Grundlage ganz neuer thatsächlicher Verhältnisse nicht dringend empfehlen und durch die Abgelebtheit der alten Partei-Gruppierung erleichtert werden sollte.

Wo es aber noch an einem bestimmenden Antrieb und an der nötigen Ermutigung gefehlt haben sollte, da hat gewiß der Genfer Friedens-Kongress nachgeholfen. Auf diesem Tummelplatz der Leidenschaft ist eine Sprache geführt, sind Grundsätze vertheidigt und Pläne offenbart worden, gegen welche auch die Republikaner von Genf protestiert haben, weil sie, statt den Forderungen des Freiheits-Prinzips zu entsprechen, sich gegen alle sittliche und politische Ordnung lehnen. Um so schlimmer aber für die Demokratie, daß es sich dort nicht um eine zufällige Explosion gehandelt hatte, sondern um eine langer Hand eingeleitete und wohl vorbereitete Manifestation des demokratischen Geistes und daß es die Helden der Partei waren, welche der Welt das Aergerniß gaben.

Deutschland.

Berlin, 17. September. Der regierende Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha soll bei Besetzung der Armee-Abtheilungen (die zwei Armeekorps bilden eine solche Armee-Abtheilung) bedacht und zum Kommandeur einer, wahrscheinlich das dritte (brandenburgische) und vierte (sächsische) Armeekorps umfassenden derartigen Abtheilung ernannt werden. Der Herzog ist bekanntlich General der Kavallerie und Chef eines Kürassier-Regimentes. — Wie zur Zeit gemeldet, wurde Anfangs Juli d. J. allen nach dem Königreiche Polen kommenden, mit legalen Pässen versehenen Reisenden, sofern sie nichts weiter als das notwendige Reisegepäck mit sich führen, sowie Arbeitern mit ihren Werkzeugen gestattet, die Übergangspunkte zum Eintreten nach Polen benutzen zu dürfen. Diese Verfügung verdankt man, wie man bestimmt hört, den Bemühungen des preußischen General-Konsulats in Warschau. In Folge dieser Beschwerden preußischer Staats-Angehörigen, daß es ihnen,

obgleich sie mit gesetzlich gültigen Pässen versehen waren, auf Grund der in Polen geltenden Bestimmungen nicht gestattet sei, die längs der Grenze dieses Landes eingerichteten Übergangspunkte oder sogenannten Grenzpunkte zu benutzen, weil der gleichen Punkte nur für solche Personen geöffnet seien, die sich im Besitz von Legitimationsscheinen auf kurze Dauer und auf drei Meilen im Umkreise befinden, hatte der General-Konsul in Warschau zu wiederholten Malen Veranlassung genommen, die dortigen Regierungsbüroden auf die Unbequemlichkeiten hinzuweisen, welche die mit vorchristlichen Pässen zu weiteren Reisen nach Polen versehenen Reisenden zu erdenken haben, indem dieselben dadurch genehmigt werden, oft mehrere Meilen weit Strecken bis zu der nächsten Zollkammer zurückzulegen, um dann erst eingelassen zu werden. Diesem Uebelstände ist eben, in Folge der Vorstellungen des erwähnten General-Konsuls, dadurch abgeholfen worden, daß die Petersburger Centralbehörden die vorgedachte Verfügung erlassen haben.

Der Widerstand des Königs Georg bei den Verhandlungen wegen seines Privatvermögens ist um so unbedeutlicher, als der 1. Oktober herannahrt und es in der Natur der Sache liegt, daß der König später, wenn die ihm zu gewährnden Punkte der Zustimmung der Landesvertretung bedürfen, sehr wahrscheinlich ungleich weniger erhalten würde, als ihm jetzt von Preußen geboten wird. Abgesehen von der Frage des Verzichtes soll der König auch bis in die lezte Zeit außer dem Besitz einiger Schlösser, die er wohl erhalten würde, auch noch anderen Grundbesitz beanspruchen, worauf Preußen, wie gemeldet, aus guten Gründen nicht eingehen will. — Nachrichten aus Konstantinopel lassen erkennen, daß die kandiottische Angelegenheit keine Störung des Friedens herbeiführen wird. Die Pforte lehnt es ab, die Frage wegen Abreitung der Insel in Betracht zu ziehen. Frankreich, welches beim Beginne des Kampfes nicht nur die Entlassung der Insel aus der Herrschaft der Pforte, sondern auch die Vergrößerung Griechenlands durch Thessalien und Epirus befürwortete, wird nicht Willens sein, der Angelegenheit gegen den Willen Englands eine andere Wendung zu geben.

Der "Staats-Anzeiger" veröffentlicht in seiner neuesten Nummer folgendes Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in den neuen Landestheilen: Art. 1. Sobald die preußische Verfassung in den neu erworbenen Landestheilen Geltung erlangt, treten der bisherigen Anzahl der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten 80 Abgeordnete aus jenen Landestheilen hinzu. Art. 2. Die Feststellung der Wahlbezirke erfolgt für die ersten Wahlen, welche in jenen Landestheilen stattfinden, durch Königliche Anordnung in der Art, daß die zu wählenden Abgeordneten auf die durch die lezte allgemeine Volkszählung ermittelte Bevölkerung möglichst gleichmäßig verteilt werden. Art. 3. Die ersten Wahlen in den im Art. 1 gedachten Landestheilen erfolgen nach der Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten vom 30. Mai 1849 mit folgenden Massgaben: 1) die Bezeichnung derjenigen direkten Steuern, nach deren Maßgabe die Urwähler in drei Abtheilungen getheilt werden (§§. 10 und 11 der Verordnung vom 30. Mai 1849), erfolgt durch Königl. Anordnung; 2) die Bestimmung der mit den Wahlgangselegenten zu beauftragenden Behörden erfolgt durch das Staatsministerium; 3) die Zeit, während welcher Jemand dem früheren Staatsverbande eines der im Artikel 1 erwähnten Landestheile angehört hat, wird bei dem im §. 29 der Verordnung vom 30. Mai 1849 angeordneten einjährigen Zeitraum in Anrechnung gebracht. Art. 4. Dem nach dem 1. Oktober 1867 zunächst einberufenen Landtag der Monarchie soll ein Gesetzentwurf über die Bildung der Wahlbezirke, sowie über die definitive Einführung der Verordnung vom 30. Mai 1849 in den neu erworbenen Landestheilen vorgelegt werden. — Mit Rücksicht auf Artikel 3 No. 1 des vorstehenden Gesetzes bestimmt sodann eine Königliche Verordnung vom 14. d. M. Folgendes: Der Bildung der Wahlabtheilungen der Urwähler sind folgende direkte Steuern zu Grunde zu legen: 1) die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer; 2) die Gewerbesteuer; 3) die Gebäudesteuer; 4) die Grund-, sowie im Landbezirk von Frankfurt a. M. die Gesäßsteuer in dem Umfang, wie solche vom 1. Juli d. J. ab nach Vorschrift der dieserhalb ergangenen Verordnungen zu erheben ist. In den Herzogthümern Schleswig und Holstein sind als Grundsteuer die Landsteuer und die Kontribution in Betracht zu ziehen. Im Stadtgebiete von Frankfurt a. M. tritt an Stelle der Klassensteuer die Wohn- und Mietsteuer. — Dieselbe Verordnung stellt in einem Verzeichniß die Wahlbezirke, die Wahlorte und die Zahl der in jedem Bezirk zu wählenden Abgeordneten fest. Hierach wählt der Regierungsbezirk Wiesbaden 12, Regierungsbezirk Kassel 14, Hannover 36, Schleswig-Holstein 18 Abgeordnete.

Die heutige (4.) Sitzung des Reichstages des norddeutschen Bundes wurde um 11½ Uhr durch den Alterspräsidenten Wirklichen Geheimen Rath von Frankenberg-Ludwigsdorf eröffnet. Am Tisch der Bundes-Kommissarien waren anwesend Kabinetsminister von Oehlmann, Staatsrat von Müller und Staatsminister v. Harboe. Nach Verlesung und Genehmigung mehrerer Urlaubsgesuche und geschäftlichen Mitteilungen wird in die Tagesordnung, Wahl der Präsidenten, eingetreten. Nach namentlichem Aufrufe erhielten der Präsident Dr. Simson von 187 abgegebene Stimmen 132 Stimmen, Graf Eberhard Stolberg-Wernigerode 53, von Jordanbeck 1 und Graf Schwerin 1 Stimme. Dr. Simson ist somit zum ersten Präsidenten gewählt worden. Derselbe übernahm das Prästdium mit folgender Ansprache:

"Meine Herren! Ich nehme die Wahl, mittelst deren diese hohe Versammlung mir für die nächsten vier Wochen den Vorstand in ihren Verhandlungen überträgt, an, und spreche meinen

innigen Dank für die hohe mir dadurch erwiesene Ehre aus, die ich nach ihrem ganzen Werth wahrhaft zu würdigen weiß. Es ist die Anstrengung meiner ganzen, im Augenblick allerdings wesentlich beeinträchtigten Kraft, die ich für mein Amt verspreche. Sie aber, meine Herren, von allen Seiten des Hauses, werden mir bei meiner Dienstführung, das weiß ich, mit Nachsicht und mit der Güte zur Hilfe kommen, die ich in gleicher Lage allemal in so reichem Maße erfahren habe. Meine Herren! wir bezeugen dem Herrn Alters-Präsidenten für die gütige Leistungen unserer Verhandlungen bis zu der gegenwärtigen Stunde unsern Dank durch Erhebung von unseren Plägen (das Haus erhebt sich) und gehen zur Wahl des ersten Vice-Präsidenten über."

Von 189 abgegebenen Stimmen erhielten: der Herzog von Uest 158 Stimmen, Dr. Löwe (Calbe) 27, die Abgg. Graf Arnim-Heinrichsdorf, Kantak, Fries und Wagener je 1 Stimme. Der Herzog von Uest ist somit zum 1. Vice-Präsidenten erwählt. Da derselbe nicht anwesend, so erklärt der Präsident Dr. Simson, daß er ermächtigt sei von dem Herzog von Uest, im Namen desselben die Wahl anzunehmen. Es wird hierauf zur Wahl des 2. Vice-Präsidenten geschritten. Von 178 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten v. Bennigsen 99 Stimmen, v. Arnim-Heinrichsdorf 44, Löwe (Calbe) 29, v. Jordanbeck und v. Münchhausen je 2 Stimmen, Freiherr v. Rothchild und Braun (Wiesbaden) je eine Stimme. Es ist demnach Herr von Bennigsen gewählt worden. Derselbe nahm mit einigen Worten die Wahl an. Das Haus schritt darauf zur Wahl der Schriftführer. Schluss der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung morgen Vormittag 12 Uhr. Tagesordnung: 1) Mittheilung des Ergebnisses der Schriftführerawahl. 2) Entgegennahme der Mittheilungen des Bundespräsidiums. 3) Wahlprüfungen.

Frankfurt a. M., 15. September. Das "Jfr. Journ." schreibt: Vor einigen Tagen hat sich eine Deputation der bietigen Hauptkollektore nach Berlin begeben, um für den Fortbestand der bietigen Stadtslotterie zu wirken. Nach hierher gelangter telegraphischer Nachricht hat dieselbe gestern eine Audienz bei dem Herrn Finanzminister gehabt und von demselben die Zusicherung erhalten, daß der Abhaltung der nächsten (153.) Lotterie nichts im Wege stände. Die betreffende Weisung an den Senat sei bereits abgegangen.

Ausland.

Wien, 15. September. Herr v. Beust hat die kirchlichen Anstöße, welche die Freunde eines besonnenen Fortschritts zur Verzweiflung brachten, so wie er sie vorfand, bestehen lassen. Schmerling hatte wenigstens versprochen, die Jesuitengymnasien in Ragusa und Feldkirch dem Staatsgesetz zu unterwerfen; Herr v. Beust läßt aber dies Versprechen wie Graf Belcredi unbeachtet. Herr von Schmerling hatte 1861 dem Abgeordnetenhaus versprochen, sofort die konfessionellen Gesetze einzubringen, welche die Gleichberechtigung der Bekennenden festsetzen und den Staat aus der Gefangenshaft des Clerikats befreien sollten; jetzt, nach sieben Jahren, legen die Abgeordneten die Hände an die Ausarbeitung der längst verhängten Gesetze und der Minister v. Hys beschwört sie, die Regierung nur nicht zu drängen.

Herr v. Hübner, der mit den Revisionsverhandlungen betraute Diplomat, denkt noch lange nicht an seine Abreise nach Rom, weil er, wie die offiziösen Blätter melden, daselbst die entscheidenden Persönlichkeiten augenblicklich nicht treffen würde. Welchen Eifer er in der heiligen Stadt entwickeln wird, kann man aus der Neuierung ersehen, die er neulich gegen ein geistliches Mitglied des Abgeordnetenhauses gethan: "er begreife nicht, warum man in der Konkordatsfrage den Abgeordneten nachgeben solle, da der Absolutismus in kürzester Zeit doch wiederhergestellt werden müsse."

Auch in den Abgeordnetenkreisen spannt man die Erwartungen bedeutend herab. Vorgestern verhandelte der konfessionelle Ausschuß des Abgeordnetenhauses über den in seinem Auftrage von Dr. Mühlfeld ausgearbeiteten Entwurf eines Ehegesetzes. Der Abgeordnete Sturm hatte gefunden, daß dieser Entwurf in vielen Beziehungen zu weit gehe und aus Opportunitätsgründen nicht zu empfehlen sei, und beantragte demnach die Niedersezung eines Subcomités von drei Mitgliedern, welches den Entwurf einer Vorberathung unterziehen möge. Der Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Am 12. September erfolgte in Bolkiew bei Prag die Einweihung einer restaurirten Kirche, in welcher sich die Gräber einiger polnischer Könige befinden, und wo auch Johann Sobieski ruht, welcher am 12. September 1683 im Verein mit den deutschen Reitstruppen das von den Türken bedrängte Wien entsetzte. Anknüpfend an den Jahrestag bringt ein bietiges Blatt, welches der Regierung nahe stehen soll, einen Artikel, worin entwickelt wird: Ganz Österreich ist für die Rettung, welche Sobieski Wien brachte, Polen zu Dank verpflichtet. Österreich hat aber nichts gethan, um auch nur einen Theil dieses Dankes abzutragen. Die Zeit der Erstattung dieses Dankes naht heran. Mit dem Sturze Polens fiel die einzige Bormauer Europa's gegen den Pan-Slawismus zusammen. "Soll diese Bresche sich schließen", sagt die "Debatte", "dann muß Österreich dankbar sein, dann darf es nicht mehr zögern, eine alte Schuld einzulösen, dann muß es zum Entsatz der schwer bedrängten polnischen Nation herbeileiten, es muß als Retter kommen, wie einst die Polen ihm Rettung brachten!" Das auferstandene Polen wird Österreichs bester und treuester Bundesgenosse gegen den mächtig heran stützenden Pan-Slawismus sein, der in seiner großen Monotonie auch jede freiheitliche Regelung begraben muß." Die "Presse" macht dazu die Bemerkung: "So zu lesen nicht in einem deutschen, magyarischen oder polnischen, sondern in einem speziell österreichischen Blatte, welches

